Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

07.04.1987 - Drucksache 11/918

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/918
07. 04. 87

Antrag der Fraktion der CDU

Verstärkte Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1.1 Heranwachsende und Jugendliche werden durch alle Formen der Sucht besonders gefährdet, zu deren Befriedigung es vermehrt zu Straftaten im Bereich der Beschaffungskriminalität kommt.

1.2 Die Kriminalitätsbelastung ist bei den Heranwachsenden und Jugendlichen im Lande Bremen mehr als doppelt so hoch wie bei den Erwachsenen. Für einen großen Teil der nicht aufgeklärten Diebstahlskriminalität liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß Heranwachsende und Jugendliche die Täter sind.

1.3 Der Erziehung in der Familie kommt eine besondere Bedeutung zu, um die Achtung vor dem Leben, der Gesundheit und dem Eigentum anderer zu vermitteln.

1.4 Die Bekämpfung der typischen von Heranwachsenden und Jugendlichen begangenen Straftaten einschließlich des Vandalismus kann nicht allein von der Polizei geleistet werden, sondern verlangt Maßnahmen aller betroffenen Behörden und Ämter.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher vom Senat:

2.1 Die Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen der Bevölkerung und der Polizei sowie vor allem zu den Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden unter anderem durch

- verstärkte psychologische Schulung vor allem der Bereitschafts- und Schutzpolizei hinsichtlich des Umgangs besonders mit Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden,
- verstärkte Einbeziehung uniformierter Polizisten in den Verkehrsunterricht in Kindergärten und Schulen, zum Beispiel durch Wiedereinrichtung des Referats Verkehrserziehung und Jugendschutz bei der Schutzpolizei Bremen,
- vermehrten Einsatz von Kontaktbereichsbeamten;

2.2 Integration der Maßnahmen der Polizei, Sozial- und Jugendbehörden beim Jugendschutz;

2.3 Vorlage eines Konzepts für eine engere Zusammenarbeit von Schule und Polizei mit dem Ziel, auch in der schulischen Erziehung die Achtung vor dem Leben, der Gesundheit und dem Eigentum anderer besser vermitteln zu können;

2.4 die gezielte und stärkere materielle und gesellschaftliche Förderung der Familien durch Land und Stadtgemeinden;

2.5 Intensivierung der Verfolgung von Hehlern zur Eindämmung der Beschaffungskriminalität;

2.6 Einbeziehung der Bewährungshilfe in dem Vollzugsplan bei straffälligen Jugendlichen, um eine Kontinuität der Bezugspersonen zu erreichen.

Borttscheller, Bürger, Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Anker-Druck Bremen